

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
offa Zeitschriften (Glattbrugg)

Auf Ihre Stimme kommt es an!

Auf Ihre Stimme kommt es an! Sie, liebe Leserin, lieber Leser des «Freisinns», entscheiden darüber, wer in den nächsten vier Jahren im Nationalrat und – in den meisten Kantonen steht auch diese Wahl an – im Ständerat die Politik unseres Landes gestalten wird. Auf Ihre Stimme kommt es an, ob liberale bürgerliche Vorstellungen in der Wirtschaftspolitik, in der Bodenpolitik, im Umweltschutz, in der Asylpolitik, in der Sicherheitspolitik, in unzähligen grossen und kleinen politischen Fragen durchgesetzt werden können.

Wenn alle zur Urne gehen, die davon überzeugt sind, dass eine liberale Gesellschaftsordnung der Schweiz weiterhin Wohlstand und Sicherheit, Schutz der Umwelt und Solidarität mit dem Ausland

sichern kann, dann haben wir gewonnen.

Mit rund 150 000 Mitgliedern ist die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) die grösste politische Gruppierung in der Schweiz, die Zahl der Sympathisanten ist ein Mehrfaches davon. In beiden Kammern besetzt die FDP 66 der 246 Parlamentssitze. Die FDP-Fraktion ist damit die grösste Fraktion der Bundesversammlung. Mit 22,9 Prozent errang die FDP bei den Nationalratswahlen 1987 denn auch den höchsten

Anteil an Wählerstimmen, vor der CVP mit 20 Prozent, der SP mit 18,4 Prozent und der SVP mit 11 Prozent. Diese Stärke gilt es zu verteidigen.

Vor zwei Jahren ist unser Parteipräsident, Nationalrat Franz Steinegger, angetreten und hat der FDP eine «liberale Verjüngungskur» angeordnet. Mit Erfolg, wie es sich an der Arbeit der FDP-Fraktion messen lässt, wie es auch die Wahlen in verschiedenen Kan-

tonen zeigen, wie es aber auch Journalisten verschiedener Herkunft bescheinigen.

Die FDP hat in allen politischen Bereichen Stellung bezogen, Probleme frühzeitig erkannt und Lösungen vorgeschlagen. Bereits im Sommer 1989 hat die Partei beispielsweise eine umfassende Analyse der Probleme, mit denen wir im Asylbereich konfrontiert sind, mit einem Katalog an Massnahmen vorgelegt. In der Wohnungs- und Bodenfrage hat die schweizerische FDP an zwei Delegiertenversammlungen ebenfalls die ganze Problematik aufgezeigt. Mit ihren Massnahmen ist sie bis an die Ortsparteien gelangt und hat in den Gemeinden eine ganze Reihe politischer Vorstösse angeregt und in der Folge Verbesserungen der Situation erreicht. Als erste Partei in der Schweiz hat zudem die FDP die Europafrage an einem Parteitag und die Drogenfrage an einer Delegiertenversammlung aufgegriffen.

Diese Arbeit, die zusammengefasst im FDP-Parteiprogramm nachzulesen ist, wollen wir weiterführen. Dazu brauchen wir alle unsere Stimmen, auch die Ihre! Gehen Sie daher am Wahlwochenende an die Urne, oder benützen Sie jetzt schon die neue, einfache Möglichkeit der schriftlichen Wahl.

Anna-Marie Kappeler
Pressesprecherin FDP Schweiz

Nur acht Seiten

In zahlreichen Kantonen wird diese Nummer des «Freisinns» in einer Grossauflage als Wahlkampfzeitung verteilt. Das Gesamtkonzept machte es notwendig, dass der «Freisinn» diesmal insgesamt acht Seiten statt wie üblich zwanzig Seiten aufweist.

Die Redaktion

Sie, liebe Leserin, lieber Leser des «Freisinns», entscheiden darüber, wer in den nächsten vier Jahren auf diesen Stühlen des Nationalrates sitzen wird. (Photo ruti)



Startschuss zum Wahlkampf der FDP an der Delegiertenversammlung im August in Solothurn. Franz Steinegger (auf dem Bild zusammen mit der Solothurner Regierungsrätin Cornelia Füg und Nationalratspräsident Ulrich Bremi): «Die FDP will die stärkste Fraktion der Bundesversammlung bleiben.»

«Wenn es gelingt, unser freisinniges Potential an die Urne zu bringen, dann haben wir gewonnen»

Die Herbstwahlen nähern sich mit Riesenschritten. Und somit kommt auch die Zeit der Fragen zur Politik der Partei, zur Bilanz ihrer politischen Arbeit, zu den zusätzlichen Wahlkampfanstrengungen, zu den Prognosen. Wir haben sie unserem Parteipräsidenten Franz Steinegger gestellt.

Interview:
Anna-Marie Kappeler

Wo setzt Ihre Partei für die eidgenössischen Wahlen 1991 die Schwerpunkte? Glauben Sie, dass diese Schwerpunkte mit den Problemen, die uns in der nächsten Legislaturperiode beschäftigen werden, weitgehend identisch sind?

Franz Steinegger: «Die FDP setzt ihre Schwerpunkte in der

Asylpolitik, beim Wohnungsproblem und beim Umweltschutz. Ich bin überzeugt davon, dass uns diese drei Bereiche weiterhin stark beschäftigen werden. Hinzukommen wird aber – wenn nach Abschluss der Verhandlungen über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) konkrete Vorstellungen auf dem Tisch liegen – noch verstärkt die Europafrage.

Mit der Abgabe der Reisepässe 1992 an die Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion stehen uns möglicherweise asylpolitische Probleme ins

Haus, die noch grösser sind, als wir sie jetzt schon bewältigen müssen.

Das Wohnungsproblem lässt sich auch nicht so schnell lösen. Bis der Wohnungsmarkt wieder funktioniert, müssen in vielen Bereichen grundlegende Veränderungen passieren. Wir haben unsere Vorschläge deponiert und arbeiten seit längerem daran, sie zu verwirklichen.

Beim Umweltschutz schliesslich haben wir viel erreicht. Zusammen mit der Wirtschaft und der Wissenschaft wollen wir umwelt-

schutzpolitische Ziele noch stärker mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen.»

Hat es im Vergleich zu den letzten Wahlen thematische Verschiebungen gegeben?

Franz Steinegger: «Bereits 1987 standen bei der FDP die Themen Asylpolitik und Umweltschutz im Vordergrund. Insofern hat es keine thematischen Verschiebungen gegeben. Das Asylproblem hat sich 1991 aber akzentuiert.

Das Umfeld der ideologischen Auseinandersetzung ist jedoch 1991 nach dem kläglichen Zusammenbruch der sozialistischen Regimes in Osteuropa zweifellos ganz anders. Das Modell der freien Marktwirtschaft, die Werte des Liberalismus sind – zumindest im Ausland – im Aufwind. Der Freisinn geht gestärkt aus dieser Veränderung hervor. Die schweizerischen Sozialdemokraten hingegen weichen der Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit bezüglich Osteuropas aus. Das macht sie ungläubwürdig.»

Können Sie Angaben machen über Ihr Wahlkampfbudget?

Franz Steinegger: «Ja. Es umfasst rund eine Million Franken. Ich kann Ihnen auch sagen, dass wir um dieses Geld sehr kämpfen müssen.»

Welches sind mandatsmässig die Wahlziele Ihrer Partei?

Franz Steinegger: «Die FDP will die stärkste Fraktion der Bundesversammlung bleiben. Die FDP hat heute 66 Sitze in Bern. Mandatsverschiebungen im Rahmen von plus/minus zwei würden sich im üblichen Rahmen bewegen.»

Wird gemäss Ihrer Einschätzung die Zauberformel in der nächsten Legislaturperiode zu einem Diskussionsthema werden?

Franz Steinegger: «Die Zauberformel ist bereits in dieser Legislatur ein Gesprächsthema gewesen. Zu einer ernsthaften Diskussion wird es aber erst kommen, wenn im Bundesrat

entsprechende Vakanzen anfallen.

Es kommt auf die Politik der SP an, inwieweit die drei bürgerlichen Parteien gewillt sind, mit der SP zusammen die Regierungsverantwortung zu teilen. Wenn eine Partei, die Regierungsverantwortung trägt, sich gleichzeitig ständig aus dieser Verantwortung stiehlt – denken Sie nur an die Fichenaffäre oder an die Frage der Armeeabschaffung –, dann wird sie natürlich zum Ärgernis.»

Hat Ihre Partei bestimmte Strategien, um die Wählerschaft zu motivieren, oder wird im üblichen Rahmen Werbung betrieben?

Franz Steinegger: «Bei der FDP stand von Anfang an die interne Motivation der Wählerinnen und Wähler im Vordergrund. Mit 150 000 Mitgliedern ist die FDP die stärkste Partei in der Schweiz. Wenn es gelingt, dieses Potential an die Urne zu bringen, dann haben wir gewonnen.

Diese interne Motivation erfolgte durch eine grundlegende Beschäftigung mit dem Liberalismus an einer Delegiertenversammlung Anfang 1990. Sie fand ihre Fortsetzung ein Jahr später in einer Konferenz der Ortsparteipräsidenten. Inzwischen waren die Diskussionen der Liberalismustagung zu einem Liberalen Manifest verdichtet worden, das in einer Schneeballaktion allen unseren Parteimitgliedern verschickt wurde.

Die Neugestaltung der Parteizeitung «Freisinn» und des Erscheinungsbildes der FDP gehört auch in diesen Bereich. Gegenwärtig sind wir dabei, mit der Telefonnummer der Info-line – 155 28 00 –, die gratis angewählt werden kann, unsere politischen Positionen zu verschiedenen Themen zu verbreiten.»

Abschliessend noch ein kurzer Blick zurück auf die letzten vier Jahre: Welches ist aus Ihrer Sicht die Leistungsbilanz der FDP in der zu Ende gehenden Legislaturperiode? Wo waren Sie erfolgreich, wo nicht?

Franz Steinegger: «Besonders erfolgreich war die FDP in den

Bereichen Asyl, Boden/Wohnen und Sicherheitspolitik. Als erste Partei in der Schweiz führte sie zudem an ihrem Parteitag 1990 in Glarus eine breite Europadebatte. Ebenfalls als erste Partei griff sie im gleichen Jahr an einer Delegiertenversammlung das Thema Drogen auf. Zu den beiden umstrittenen Themen – Verhältnis der Schweiz zu Europa, Drogen – hat die FDP Vorstellungen entwickelt, die eine breite Abstützung gefunden haben.

Zur Bewältigung des Asylproblems stellte die FDP nach harter Arbeit in der Sommerpause schon 1989 umfassende Vorschläge vor. Leider wurden sie nur zögerlich umgesetzt. Mit zahlreichen Vorstössen haben FDP-Parlamentarier ihre Forderungen zur Lösung der Wohnungsnot eingereicht und

damit Veränderungen in Gang gebracht. Seit Jahren hat die FDP in Zusammenarbeit mit dem Verband liberaler Bau- und Gewerkschaften zudem viel zur Wohneigentumsförderung beigetragen. Mit ihrem sicherheitspolitischen Konzept schliesslich hat die FDP 1990 auf die weltpolitischen Veränderungen reagiert und Reformen in der Schweizer Armee angeregt.

In verschiedenen Bereichen gelang es uns noch zu wenig, der zunehmenden Reglementierung entgegenzuwirken. Das gilt auch für den Umweltschutz, wo wir verstärkt auf marktwirtschaftliche Instrumente setzen wollen. Mehr Wettbewerb, Abbau unnötiger Vorschriften und damit bessere Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft bleiben unser Ziel.» □



Franz Steinegger: «In verschiedenen Bereichen gelang es uns noch zu wenig, der zunehmenden Reglementierung entgegenzuwirken.» (Photos ruti)

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, anbauen
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Reaktionen auf FDP-Asylpolitik

Seit dem FDP-Parteitag in Freiburg Ende April liegt für die Streuwerbung ein Faltprospekt «Asylpolitik» vor, dessen Kernaussage das Bekenntnis zum Asylgesetz und zu seiner Aufgabe ist. Mehrere Wochen lang war auch die Infoline in Betrieb, welche die FDP-Asylpolitik bekanntgab. Tausende haben angerufen. Der nachfolgende Artikel soll einen Überblick auf die mannigfaltigen Reaktionen geben, welche beim Generalsekretariat zur Asylpolitik eingegangen sind.

Eleonora Schneuwly

Vorab die gute Nachricht: über sechzig Prozent der eingegangenen Antworten stimmten den Aussagen der FDP zur Asylpolitik zu. Von der Möglichkeit, zusätzliches Informationsmaterial zu bestellen, wurde rege Gebrauch gemacht. In einigen Fällen konnten wir die jeweiligen Kantonalparteiensekretariate über Mitgliedsgesuche in Kenntnis setzen.

Ratschläge

Neben diesen positiven Stimmen, die der FDP-Politik eine gesunde Einstellung attestieren und unsere Haltung vor-

behaltlos unterstützen, gibt es auch solche, die zu einer noch strikteren Haltung raten. Beispielsweise wird gefragt, weshalb die FDP nicht auf der gleichen asylpolitischen Linie wie die Schweizer Demokraten liege und diese im Parlament nicht unterstütze. Auch wird angeregt, zusammen mit der SVP eine Volksinitiative zu lancieren.

Kritik

Demgegenüber gibt es auch Reaktionen, welche die Asylpraxis mit zum Teil harschen Tönen kritisieren. Unverständnis und Kopfschütteln löste das Verhalten der Behörden bei der Ausschaffung der Kurden von Flüeli-Ranft aus. Ein

besonders hartes Durchgreifen wird gegen Ausschaffungsverhinderer schweizerischer Nationalität gefordert.

Allgemeine Kritik wurde gegen den «geradezu krankhaften Aufwand und Perfektionismus» bei der Anwendung des Asylgesetzes laut. Vergleiche mit dem Ausland (albanische Migranten in Süditalien) werden angestellt. «Angewidert von der gegenwärtigen Lage», wird ferner dazu geraten, internationale Vereinbarungen, welche die sofortige Ausweisung illegal Eingereister verhindern, zu kündigen.

Da und dort war zwischen den kritisierenden Zeilen Angst vor dem Fremden («Untergang des Abendlandes», «Die Zukunft gehört den vermehrungsfreudigen Völkern!») zu lesen. Krass war der Wunsch nach Einführung der Diktatur und dem Untergang des Rechtsstaates. Der Brief des anonymen Schreibers landete dort, wo er hingehörte, im Papierkorb. □

Wenn auch Sie die Stellungnahme der FDP zum Asylproblem interessiert, dann bestellen Sie den Faltprospekt zur Asylpolitik und die FDP-Zielsetzungen 1991-95 beim Generalsekretariat FDP, Postfach 6136, 3001 Bern (Tel. [031] 22 34 38).

Neue Publikationen

● Politische Rundschau Nr. 1/1991 (52 S., dt. und frz.): *Liberale Frauenpolitik im Zeichen einer veränderten Welt. FDP-Frauen setzen sich ein für eine Zukunft mit mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit und mehr Partnerschaft. Ergebnis der Tagung vom 24. Mai 1991 in Thun.*

● Politische Rundschau Nr. 2/1991 (22 S., dt. und frz.): *Drogenfrage: Anpacken statt resignieren. Grundsätze der FDP.*

Die beiden Publikationen können à Fr. 5.– bestellt werden beim: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38.

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich

für die Redaktion: Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Neue Zürcher Zeitung, Fremdzeitungen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.

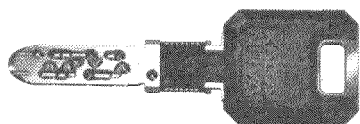
ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

Verlieren heisst nicht verloren.



KABA NOVA: Bei Schlüsselverlust kann der Code selber umprogrammiert werden.



KABA STAR-Vario: Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:
Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/931 61 11, Fax 01/931 63 85

KABA®

Unsere Produkte
sind

Ideen
Qualität
Nutzwerte
Freude
Sicherheit

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Tel. 01/316 13 00, Fax 01/316 13 94

Spaltenstein

IMMOBILIEN AG

Gute Noten für die FDP-Fraktion

Die freisinnige Fraktion hat die Affäre um die ehemalige Bundesrätin Elisabeth Kopp gut überwunden. Sie ist aus der Defensive herausgetreten und hat dem Staatswesen mit der geforderten Parlaments- und Regierungsreform neue Impulse verliehen. Während der auslaufenden Legislatur haben vor allem dem Liberalismus verpflichtete Kräfte eine stärkere Position erhalten: eine Legislaturbilanz.

H. W. Durch die Kopp-Affäre geriet der FDP-Wirtschaftsflügel auch fraktionsintern arg in Bedrängnis. Dank guter Vermittlungstaktik gelang es Parteipräsident Franz Steinegger und Fraktionschef Pascal Couchepin, die grösste Fraktion der Bundesversammlung zu kitten und ein neues Image aufzubauen.

Die FDP hat sich in den vergangenen zwei Jahren tendenziell den Positionen des liberalen Flügels angenähert. Die beiden Professoren René Rhinow und Gilles Petitpierre waren wesentlich an der Erarbeitung eines liberalen Manifestes beteiligt. Das gleiche Gespann hat eine Regierungs- und Parlamentsreform in Gang gebracht.

Zwei alte, bis anhin stets ergebnislos verlaufene Vorhaben dürften somit dank der Initiative der FDP endlich realisiert werden.

Widerstand

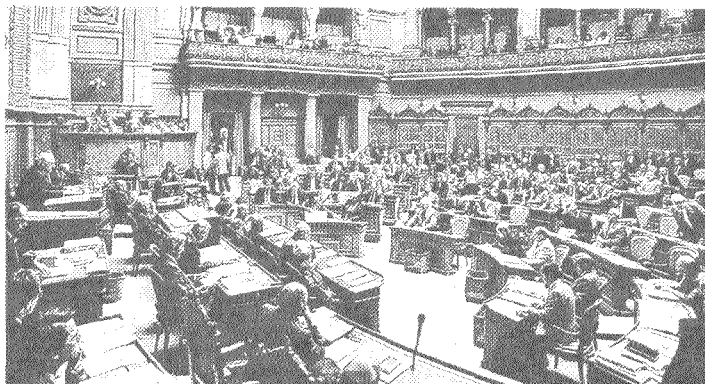
In gewichtigen Sachfragen erwächst den liberalen Geistern allerdings harter Widerstand. Der Konflikt zwischen Konservativen, dem freisinnigen Wirt-

schaftsflügel und den liberalen Mitgliedern der Fraktion kommt am stärksten in der Umwelt- und Energiepolitik zum Ausdruck. Das in Parteipapieren abgegebene Bekenntnis für marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz wird nur von einer Minderheit der Fraktion vertreten.

In der Europapolitik werden – wenn der EWR-Vertrag vorliegt – noch harte Debatten geführt werden. Ein Teil der FDP-Fraktion ist für einen EG-Beitritt, ein anderer dagegen. Im EWR-Vertrag sehen die einen eine mögliche Übergangslösung, anderen wäre der Preis für die Schweiz zu hoch. Wenn man dies auf einen gemeinsamen Nenner bringt, steht die freisinnige Fraktion hinter den Forderungen des FDP-Parteiprogramms: Dieses will die Identität der Schweiz und ihre Eigenständigkeit erhalten und wesentliche Elemente des schweizerischen Föderalismus bewahren. In einem künftigen europäischen Raum ist unsere Mitgestaltung sicherzustellen. In diesem Sinne stand die FDP-Fraktion zu den Verhandlungen zur Errichtung eines EWR.

Das Zepter geführt

In der FDP-Domäne Wirtschaftspolitik hat die Fraktion klare Positionen bezogen und diese im Parlament meist durchgeboxt. So trat sie prioritär für die Sicherung der Arbeitsplätze ein. Als einzige Partei votierte sie im Rahmen der ständerätlichen Debatte zur AHV-Revision für ein gleiches Rentenalter 65/65. Damit könnten die Frauenanliegen verwirklicht, die demographischen Schwierigkeiten beho-



Gute Noten erhält die Arbeit der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung selbst von ihrem politischen Gegner. Klare Positionen, liberale Verjüngungskur, Reformgeist: so das Urteil. (Photo ruti)

ben und die vorzeitige Pensionierung mit einer verkraftbaren Renteneinbusse ermöglicht werden. Mit Nachdruck fordert die FDP unablässig eine Stärkung des Finanzplatzes Schweiz. Die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen sind ihr seit je ein Dorn im Auge; denn sie haben im Zuge der konjunkturellen Abkühlung einen direkten Einfluss auf den Geschäftsgang der Industrie.

Neue Bodenpolitik

Das Sofortprogramm gegen die Bodenspekulation hat die FDP bis auf einen Punkt unterstützt – unter dem Vorbehalt, dass der Bundesrat eine ganzheitliche Bodenpolitik innert fünf Jahren präsentiert. Die mahnenden Worte, die Pensionskassen als Anleger vom Markt zu drängen, fruchteten vorerst nichts. Erst als offenkundig war, dass die Massnahme das Ziel verfehlen würde, wurde sie auf Geheiss der FDP wieder aufgehoben.

Inzwischen ist die freisinnige Strategie zur Stabilisierung des Bodenmarkts auch vom Bundesrat übernommen worden.

Eine klare Position nimmt die FDP – im Gegensatz zur CVP etwa – in der Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage ein. Geschlossen steht sie hinter «ihrem» Bundesrat Kaspar Villiger und plädiert für die Beschaffung neuer Kampfjets. Die Fraktion lehnt Versuche kategorisch ab, die Armee auf kaltem Wege untauglich zu machen. Die Notwendigkeit einer Armee reform ist erkannt, doch dürfen die finanziellen Mittel nicht geschmälert werden.

Keine «kalten Krieger»

Den Vorwurf, sie verhafte trotz Entspannung zwischen Ost und West im Denkschema des kalten Krieges, hat die FDP-Fraktion selbst entkräftet: Im Interesse der weltweiten Friedensförderung regt sie die Schaffung eines schweizerischen Friedenskorps an. Zudem wurde der Bundesrat beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, welche die Armee, den Zivilschutz, die Katastrophenhilfe und die friedensfördernden Massnahmen in einem Departement mit der Bezeichnung «Eidg. Departement für Sicherheit und Verteidigung» zusammenfasst.

Klare Asylpolitik

Eine dezidierte Haltung nahm die Fraktion auch im Asylbereich ein. Sie forderte eine strikte Trennung von politischen und Wirtschaftsflüchtlingen. Verfolgten sei Schutz zu gewähren, arbeitssuchende Asylanten hingegen seien konsequent auszuweisen. Das Grenzwachtkorps mit Armeeeinheiten zu verstärken, um die illegale Einwanderung zu stoppen, ist eine Idee der FDP. Der bis vor einem Jahr von anderen Parteien verschmähte Vorschlag wird heute vom Bundesrat als «ultimo ratio» ernsthaft in Erwägung gezogen. Weiter hat die Landesregierung erkannt, dass die freisinnige Forderung nach einer europäischen Koordination der Flüchtlingspolitik letztlich die einzige Möglichkeit ist, das Migrationsproblem und dessen Ursache in den Griff zu bekommen. □



DIE SILBERNE SCHWEIZER KARTE das schönste und wertvollste Geschenk dieses 700-jährigen Jubiläums

Geschätzte Leser, wir bieten Ihnen das schönste und wertvollste Geschenk an, das Sie sich in diesem Jahr machen sollten:

DIE SILBERNE SCHWEIZER KARTE in limitierter Auflage

eine herrliche Darstellung der Schweiz in meisterlicher Detailarbeit.

Dieses Prachtstück hat sich innerhalb von wenigen Wochen als Lieblings-Geschenk, -Andenken und ausgesuchtes Sammlerobjekt dieses 700-jährigen-Jubiläumsjahr erwiesen.

Geschenk, Andenken, Liebhaber- und Sammlerobjekt

Die Silberne Schweizer Karte, in einer einmaligen Auflage von lediglich 2000 Exemplaren angefertigt, ist nicht nur ein kunsthandwerkliches Meisterwerk, ein exklusives Sammlerobjekt, sondern das schönste und erlesenste Geschenk dieses 700-jährigen-Jubiläumsjahr. Das Exemplar Nr. 1/2000 wurde Herrn Bundespräsident Flavio Cotti als Geschenk überreicht.

Dank der Zeitlosigkeit des Sujets passt die Schweizer Karte hervorragend in jeden Wohn- oder Geschäftsraum.



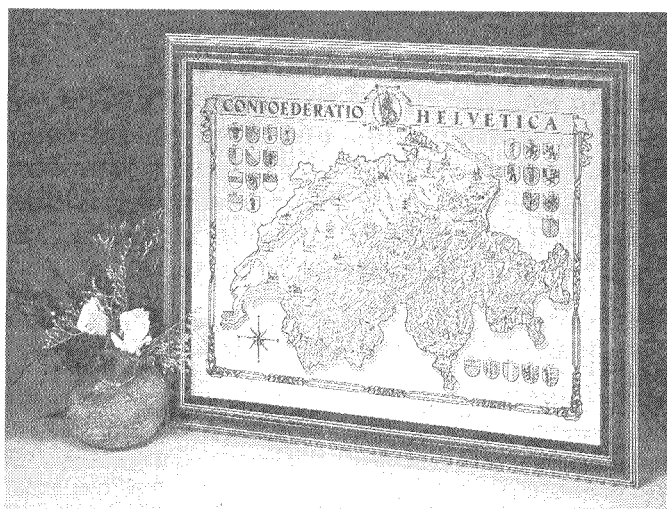
Die Silberne Schweizer Karte basierend auf der Vorlage des international bekannten Zeichner und Graveur Paul Mertke.

Jeder der privat oder geschäftlich etwas Kostbares schenken oder sich selber eine Freude machen möchte, wird sich über dieses Werk freuen. Dank der limitierten Auflage und der Herausgabe im 700-jährigen-Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft wird die Silberne Schweizer Karte rasch an Wert gewinnen.

Kunst und Kunsthandwerk

Der international bekannte Zeichner und Graveur Paul Mertke hat in monatelanger Arbeit aus zigtausend winzigen Strichen die Originalvorlage für dieses Kartenwerk geschaffen.

Dabei hat er die markantesten geographischen Merkmale unseres Landes massstabgetreu festgehalten. Ebenso kunstvoll sind einige Baudenkmäler in den wichtigsten Städten gezeichnet.



Meisterhafte Wiedergabe auf edlem Metall

Das Uebertragen der Vorlage auf die Grundplatte, die mit echtem Feinsilber überzogen ist (99,97%), erfolgt in einem aufwendigen, mehrstufigen kunsthandwerklichen Verfahren, welches Techniken der Serigraphie und der Gravur miteinander kombiniert.

Erst mit dieser Technik und grossem handwerklichem Können wird es zum Beispiel möglich, den Kontrast zwischen dem brillanten Glanz der Seen und Flüsse und dem seidigen Matt der Ebenen und Berge zu erzielen.

Ein rares Sammlerobjekt

Diese Silberne Schweizer Karte wurde in einer einmaligen Auflage von lediglich 2000 Exemplaren angefertigt. Jedes Exemplar trägt ein Echtheitszertifikat auf der Rückseite, welches die Zugehörigkeit zur einmaligen Originalauflage belegt.

Preis und Konditionen

Die Silberne Schweizer Karte, Format 63 x 48 cm, Fr. 1290.- zahlbar innert 30 Tagen oder in 3 Raten von Fr. 430.-, kann ausschliesslich bei KIDEX ART SERVICES bezogen werden (10 Tage Rückgaberecht).

Die streng limitierte Auflage zwingt uns, die Bestellungen konsequent in der Reihenfolge ihres Einganges zu berücksichtigen. Bestellen Sie heute noch die Gratis-Dokumentation der Silbernen Schweizer Karte.

Senden Sie mir bitte Ihre Gratis-Dokumentation über die Silberne Schweizer Karte:

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Coupon zurücksenden an:

Kidex Art Services - Grellingerstrasse 9 - 4052 Basel
Sie können diese Gratis-Dokumentation per Telefon
(061 312 10 72), per FAX (061 312 01 83) anfordern. **F.**

Asylpolitik fordert Bund und Kantone

Der Kanton Graubünden gilt im Vollzug der Asylgesetzgebung als vorbildlich. Auf der Verfahrensseite hat Graubünden als Pilotkanton aufgezeigt, dass mittels kantonaler Vorentscheide die Asylverfahren wesentlich beschleunigt werden können. Das in Graubünden praktizierte Unterbringungsmodell für Asylbewerber hat sich ebenfalls bewährt. Die vorausblickende Politik Graubündens im Bereich des Asylwesens zeigte sich auch bei der Frage mög-

licher zukünftiger Einwanderungswellen aus dem Osten Europas. Im Januar setzte das kantonale Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement eine Arbeitsgruppe «Ostflüchtlinge» mit dem Auftrag ein, einen Bericht zur Frage der Ostflüchtlinge auszuarbeiten. Wir sprachen mit dem für diesen Bereich zuständigen Vorsteher des Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartementes Graubündens, dem freisinnigen Regierungsrat Dr. Peter Aliesch.

Wie wird zwischen Flüchtlingen und Asylbewerbern unterschieden?

Peter Aliesch: «Als Asylbewerber bezeichnen wir jene Menschen, die aus fremden Ländern in die Schweiz einreisen – in der Regel geschieht dies illegal – und bei uns um Asyl nachsuchen. In einem aufwendigen Asylverfahren mit ausgebauten Rekursmöglichkeiten wird anschliessend festgestellt, ob dem Asylgesuch zugestimmt werden kann oder nicht. Asylbewerber, deren Gesuche in positivem Sinne beantwortet werden, bezeichnen wir als Flüchtlinge. Asylbewerber hingegen die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden können, gelten anschliessend als in der Schweiz nicht aufenthaltsberechtigte Ausländer.

Gegenwärtig sind lediglich rund fünf Prozent der Asylbewerber als echte Flüchtlinge im Sinne der internationalen Konventionen zu betrachten. Danach gelten nur jene Menschen als echte Flüchtlinge, die in ihrer Heimat wegen ihrer Nationalität, Rasse, Religion oder politischen Gesinnung individuell verfolgt werden.»

Werden bei einem zunehmenden Mass Exodus aus Osteuropa die im Kanton Schaffhausen geschulten Bündner Truppen an der Grenze eingesetzt? Wenn ja, im Rahmen eines WK?

Peter Aliesch: «Gründliche Abklärungen haben ergeben, dass bei einer grösseren Einwanderung unsere Grenzschutzorgane hoffnungslos

überfordert wären. Zum gleichen Ergebnis gelangte man übrigens auch in Österreich. Bei hohen Einwanderungszahlen wäre die Grenzschutz deshalb zweckmässigerweise mit Truppen zu verstärken, damit sie ihre Aufgabe weiterhin wahrnehmen kann.

Der Bundesrat hat in dieser Angelegenheit jedoch noch nicht entschieden. Nach den positiven Erfahrungen mit der Übung «Limes» erwarte ich aber, dass sich der Bundesrat für eine Unterstützung des Grenzschutzkorps durch Armee-Einheiten aussprechen wird.

Für einen derartigen Einsatz käme meines Erachtens am ehesten ein Bereitschaftsregiment in Frage. Dieses wäre beim Grenzeinsatz Bundesrat Stich zu unterstellen, da dieser als Finanzminister für die Grenzschutzorgane zuständig ist. Beim Truppeneinsatz an der Grenze könnte es sich ohne weiteres um eine Dienstleistung handeln, die länger als

nur eine WK-Zeit von drei Wochen dauern könnte. Trotzdem würde ich eine solche Dienstleistung nicht als Aktivdienst bezeichnen. Der Bundesrat müsste diesem Sonderdienst nach meiner Meinung deshalb einen neuen Status geben.»

Worauf gründen Sie die Hoffnung, dass einer Masseneinwanderung entsprechend entgegen gewirkt werden kann?

Peter Aliesch: «Eine Masseneinwanderung kann nur mit speziellen und gut vorbereiteten Massnahmen bewältigt werden, sonst ist das Chaos programmiert. Spezielle Lagen erfordern deshalb auch spezielle Massnahmen. Dazu gehört die Unterstützung unserer Grenzschutzorgane durch Armee-Einheiten.

Die kantonsinternen Abklärungen durch unsere Arbeitsgruppe «Osteuropa» haben zudem gezeigt, dass der Kanton

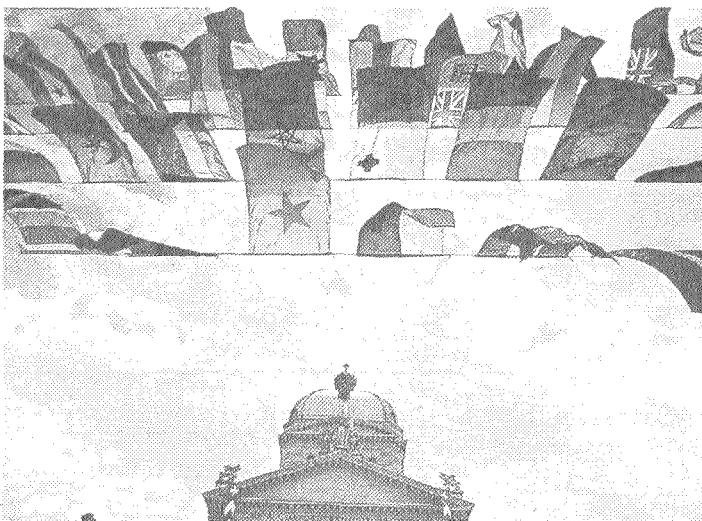
Graubünden bei einem grösseren Ansturm auf die Randregionen nicht mehr in der Lage wäre, Ruhe und Ordnung in diesen Gegenden zu gewährleisten und für die Betreuung der Personen zu sorgen. Die Bündner Regierung vertritt deshalb die Ansicht, dass bei grösseren Einwanderungsströmen ein Armee-Einsatz auch für diese Aufgaben unumgänglich ist.»

Täuscht der Eindruck, dass die Kantone das Gesetz des Handelns selbst ergreifen und der Bundesrat mehr oder weniger abseits steht?

Peter Aliesch: «Ja, der Eindruck täuscht und ist falsch. Der Bundesrat hat im Februar – nach meiner Meinung wohl zu spät, aber immerhin besser als überhaupt nicht – eine Arbeitsgruppe «Ausserordentliche Lagen im Flüchtlingsbereich» eingesetzt. Die im Kanton Graubünden bereits erfolgten Arbeiten auf diesem Gebiet können dabei herangezogen werden.

Ausgehend von unseren intensiven Abklärungen hat die Bündner Regierung den Bundesrat zudem aufgefordert, zu ganz konkreten Fragen, die sich bei einer Masseneinwanderung ergeben, Stellung zu nehmen. Dabei geht es beispielsweise um die Beantwortung der Frage, welchen Status die aus dem Osten Europas eingewanderten Menschen haben sollen. Nach unserer Meinung müsste diesen Menschen ein Sonderstatus gewährt werden, da sie kaum ins normale Asylverfahren aufgenommen werden könnten.»

Interview Bündner Tagblatt



Die schweizerische Asylpolitik ist zu einem zentralen Wahlkampfthema geworden. (Photo ruti)

Wohnungen aufbauen

An ihrer Delegiertenversammlung in Solothurn am 24. August 1991 hat die FDP folgendes Aktionsprogramm verabschiedet.

Die FDP will genügend qualitativ guten und finanziell tragbaren Wohnraum verfügbar machen und die Zahl der Wohnungs- und Grundeigentümer massiv vergrössern.

Die FDP fordert die Kantonalparteien auf, sich mit den geeigneten politischen Mitteln einzusetzen, dass

- binnen eines Jahres das Angebot an eingezontem baureifem Land vergrössert wird (z. B. durch zeitgerechte Erschliessung seitens des Gemeinwesens, Erleichterung der privaten Erschliessung, Schaffung von Anreizen zur Nutzung erschlossenen Landes, Landumlegungen);

- Bauland haushälterisch genutzt wird, um möglichst viele Bedürfnisse zu befriedigen, Grünraum zu erhalten und den Spielraum nächster Generationen nicht unnötig einzuschränken (z. B. durch Lockerung nutzungshemmender Vorschriften, Siedlungsentwicklung nach innen, bessere Nutzung vorhandener Bausubstanz, auch ausserhalb der Bauzonen, Reduktion und Mehrfachnutzung der Verkehrsflächen);

- die Bauvorschriften vereinfacht und die Verfahren radikal beschleunigt werden (z. B. durch Verzicht auf kleinliche Detailregelung, summarisches Verfahren bei Kleinbauten, Koordination aller Bewilligungsverfahren bei einer einzigen Behörde, Straffung der Rechtsmittel);

- die Vorschriften im Planungs- und Baurecht und in den Bereichen Energie, Lärmschutz, Luftreinhaltung und technische Installation auf ihre kostentreibende Wirkung untersucht und anschliessend abgebaut werden;

- das Grundeigentum der öffentlichen Hand gemäss den vorstehenden Zielsetzungen und marktwirtschaftlich genutzt wird (z. B. durch Überlassung zu Eigentum oder im

Baurecht). Die im Rahmen der beruflichen Vorsorge angesparten Vermögen sind unter Sicherung des Vorsorgezweckes und ohne Benachteiligung der Versicherten vorzeitig für den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einzusetzen. Alle Ortsparteien werden aufgefordert, liberale Baugenossenschaften zu gründen. Gleichzeitig setzen sich

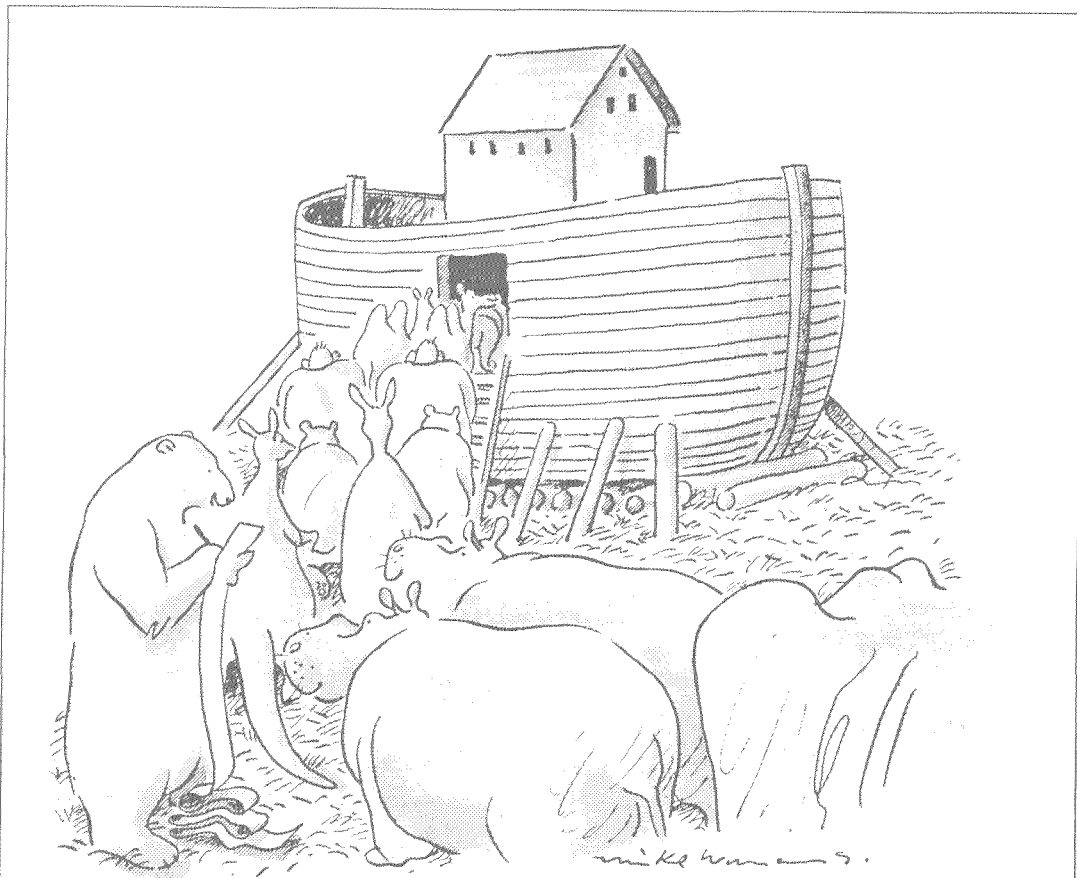
die Kantonalparteien dafür ein, das genossenschaftliche Bauen durch Steuererleichterungen zu fördern.

Modelle zur Wohneigentumsförderung sind zu unterstützen.

Es sind steuerliche Anreize zu schaffen, die das Wohnsparen, die Veräusserungen von Mietwohnungen an den bisherigen Mieter sowie die

Amortisation der Hypotheken fördern.

Der Einfluss der Marktkräfte auf das Mietrecht ist zu verstärken. Unerwünschte soziale Auswirkungen sind durch gezielte Subjekthilfen aufzufangen. Im Siedlungsbereich sind gezielt positive Anreize zu schaffen, damit im Zuge der kommenden Gebäude- und Siedlungserneuerungen die vorhandenen Nutzungsreserven auch mobilisiert werden können. □



**Wir achten darauf,
dass alle(s) vertreten ist.**

Das ist wie bei den Anlagefonds der Julius-Bär-Gruppe,
die eine individuelle Vermögensanlage bei ausgewogenem Risiko
und geringen Kosten bieten.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11
Genf · Frankfurt · London · New York · San Francisco · Los Angeles
Mexico City · Hongkong · Tokio